

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Valuta-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 64.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Anzeigenaufschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenaufschlag. Größere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Der Rest-Gehalt in Wort-Anzeigen: das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4625, 4640, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Ein neues Ultimatum?

### Die Provokation der Orgesch

Die deutsche Regierung hat durch ihre Weigerung, die Orgesch zu entwaffnen, obwohl sie diese Verpflichtung der Entente gegenüber eingegangen war, eine Situation geschaffen, auf deren Ernst wir bereits heute früh hingewiesen haben. Der Beschluß der Botschafterkonferenz, die Entente über das weitere Vorgehen den alliierten Regierungen zu überlassen, ließ bereits erkennen, daß die Regierung nicht gewillt sei, in dieser Frage den deutschen Militaristen und Reaktionsären entgegenzukommen. Es war klar, daß dieser Beschluß zugleich die Ankündigung bedeutete, daß unter Umständen mit ernstlichen Maßnahmen gerechnet werden mußte. Jetzt bringt eine Berliner Mittagszeitung aus Entente-Kreisen die Mitteilung, daß in der Tat beabsichtigt werde, der Deutschen Regierung ein Ultimatum zu stellen und im Fall einer fortdauernden Weigerung zur Besetzung des Ruhrgebiets oder auch zum Einmarsch in Bayern zu schreiten.

Die Meldung hat eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit für sich, und die deutsche Regierung hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn es zu solchen Drohungen kommen sollte, in derselben Zeit, in der die schwerwiegenden wirtschaftlichen Verhandlungen in Brüssel geführt werden.

Der Antreiber bei dieser Führung der auswärtigen Politik ist freilich in erster Linie die Regierung Frankreichs und ihr Herrscher, der Frontstrat Escherich. Die reaktionären bayerischen Dummköpfe haben zuerst mit der Entente geklingelt, haben sich in hochtrahender Weise ihr als die Vertreter des Föderalismus und Separatismus zu empfehlen gesucht. Sie haben gehofft, Entgegenkommen zu finden, weil an der föderalistischen Schwächung Deutschlands auch die Entente ihr Gefallen finden könnte. Nachdem das vergeblich gewesen ist, haben die Rührleute die Reichsregierung zu ihrem thörichten, das Interesse des deutschen Volkes schwer schädigenden Vorgehen aufgepuscht. Aber was soll man zu einer Regierung, was soll man namentlich zu einer Leitung der auswärtigen Politik sagen, die sich von der borniertesten Reaktion ihre Marschrouten vorschreiben läßt?

Heute muß jedenfalls gefordert werden, daß die Reichsregierung diesen von ihr heraufbeschworenen Konflikt endlich beilegt und das Vernünftige und Notwendige schleunigst tut. Ob man freilich eine solche Regierung, die sich von jedem reaktionären Brüllaffen einschüchtern läßt, im Amte lassen kann, ist eine Frage, die vor allem die rechtssozialistische Reichstagsfraktion zu beantworten haben wird.

### Das naive Auswärtige Amt

Herr Simons hat sich neulich in einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ darüber beklagt, daß er jetzt fast in jeder Woche eine Note der Entente bekäme, die ihm neue Schwierigkeiten bereite. Er hat leider vergessen, hinzuzufügen, daß er mit diesen

Noten nur erntet, was er und seine Vorgänger gesät haben, als sie trotz der Warnungen unserer Partei in der Abrüstungsfrage die Bedingungen des Friedensvertrages nicht strikte erfüllten. Der Einwohnerwehrrate ist nun in diesen Tagen eine bisher verheimlichte Note des Generals Koller gefolgt, in der Beschwerde über die Organisation der Sicherheitspolizei erhoben wird. Es ist bezeichnend für die ungünstige Stellung der Regierung auch in dieser Frage, daß das Auswärtige Amt sich bemüht, diese Note so lange wie möglich geheim zu halten. Die Vertreter der preußischen Regierung bitten die Presse, die Angelegenheit dieser Note sachlich zu diskutieren, das Auswärtige Amt verweigert aber einfach die Bekanntgabe der Note, so daß niemand in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden. Die Politik des Auswärtigen Amtes nach der Methode des Versteckspiels und der Geheimnisträuerei mag für politische Kinder ganz gut geeignet sein, der deutschen Arbeiterschaft wird man mit diesen Methoden nicht mehr imponieren. Das sollte auch allmählich Herr Simons begriffen haben.

### Die geheimnisvollen Flugzeuge

Das Reichsverkehrsministerium richtet an die Öffentlichkeit einen Appell, die Flugzeuge abzuliefern, die noch immer in der Bevölkerung versteckt gehalten werden. Da die Arbeiterschaft nicht über Scheunen, Waldbestände, Schuppen und ähnliche Aufbewahrungsorte verfügt, so kann man von ihr nicht auf die Ablieferung noch immer versteckt gehaltener Flugzeuge verlangen. Wo sind also die Verstecke? Nun, in den Gehägen der Großagrarien, auf dem Lande, und es ist seltsam, daß ausgerechnet immer die Entente-Missionen solche Verstecke ausstöbern und dann der deutschen Regierung die größten Angelegenheiten bereiten.

Erst neulich sind wieder, wie das Reichsverkehrsministerium zugeben muß, mehrere Flugzeuge, die irgendwo versteckt gehalten worden sind, nach Polen geflogen. Die Regierung hat die Verpflichtung, sich so harmlos zu stellen, als ob sie diese Spielerei mit Flugzeugen lediglich für Schiebermanöver und finanzielle Spekulation halte. In Wahrheit handelt es sich natürlich um die Waffenlager der Orgesch und der mit ihr verwandten Organisationen, die ihre Waffenvorräte bald hierhin bald dorthin vertrieben, um sie nach Möglichkeit den Augen der Entente-Missionen zu entziehen.

Eine Aeußerung des Vertreters des Reichsverkehrsministeriums wird die Arbeiterschaft sich recht genau merken müssen. Er wies nämlich darauf hin, daß die Entwicklung des deutschen Luftverkehrs und der deutschen Flugzeugindustrie durch dieses Versteckhalten von Flugzeugen schwer geschädigt werde, da die Entente die geheimnisvollen Flugzeuge zum Anlaß zu strengen Beschränkungen der deutschen Flugzeugindustrie nähme. Wenn also jetzt ein wichtiger Industriezweig lahmgelegt werden sollte, so sind dafür ausschließlich die militärischen Geheimbündler verantwortlich, die die Kriegslugzeuge verschoben, weil sie sie noch für irgendwelche Zwecke verwenden wollen.

### Die Eisenbahner gegen den Streikerlaß

Der von den Eisenbahnerorganisationen eingesetzte Sechzehner-Ausschuß erläßt folgende Erklärung:

Die großen Organisationen des Eisenbahnpersonals haben durch die Schaffung einer läckenlosen Einheitsfront zur Vertretung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen aller Eisenbahner den Ausbruch wilder Streiks verhütet und die Bewegung in geordnete Bahnen gezwungen. Um so unverständlicher ist es, daß der Reichsverkehrsminister, anstatt durch alsbaldige Aufnahme von Verhandlungen die Organisationen in diesem Bestreben zu unterstützen, durch Herausgabe von Streikerlassen und Drohung von Disziplinarmaßnahmen, zu denen ein tatsächlicher Anlaß nicht gegeben ist, die Lage verschärft und die draußen herrschende Erregung ins Ungemessene steigert.

Diesen Erlassen des Ministers fehlt jeglicher Rechtsboden. Der Reichsminister vermag sich lediglich auf eine Erklärung der preußischen Staatsregierung zu berufen, obwohl die Reichsverfassung, aus welcher die Minister und die Beamten hervorgehen, den Beamten in Artikel 109 grundsätzlich die

volle bürgerliche Gleichberechtigung und in Artikel 159 die uneingeschränkte Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Was jetzt zur Erörterung steht, ist nicht die Frage, ob die Eisenbahner das Recht zum Streik, sondern ob sie für sich und ihre Familien die Mittel zu leben haben. Pflicht einer Regierung, die von ihren Bediensteten Hingabe und hochwertige Leistungen die von ihren Beamten ein besonderes Treueverhältnis und von ihren Beamten ein besonderes Treueverhältnis verlangt, ist es, für deren Existenz ausreichend zu sorgen. Dieser

selbstverständlichen Pflicht ist die Regierung nicht nachgekommen und hat dadurch ihre Arbeiterschaft in eine Zwangslage gebracht. Die Frage eines Eisenbahnerstreiks wird nicht durch papiernen Erlasse und Verordnungen entschieden, sondern durch das Maß des Entgegenkommens gegenüber den Forderungen der Organisationen. Gegen den Versuch des Ministers, den Verhandlungsboden zu verschieben, erheben die Organisationen härtesten Protest. (Siehe auch Seite 3.)

### Die Kämpfe um Fiume

XII. Rom, 29. Dezember.

Genova-Kreuzer melden: Financier Legionäre haben die Brücke, die Sussa mit Fiume verbindet, in die Luft gesprengt. Die vor Fiume operierenden regulären Truppen sollen 30 Tote und etwa 100 Verwundete haben. Die Financier Legionäre haben bis jetzt vier Brücken über die Adria in die Luft gesprengt. Im Laufe des Tages wurde das Feuer von beiden Seiten mit kurzen Zwischenpausen fortgesetzt. Es sind bis jetzt fünf Offiziere und 178 Mann leicht verwundet.

Wie die Blätter mitteilen, hat Gialliti eine Abordnung der politischen Parteien empfangen und ihnen erklärt, daß Fiume noch im Laufe des Tages durch General Cavaglia genommen werden würde. Er habe Befehl gegeben, Blutergießen nach Möglichkeit zu verhüten. Die Aktion habe beschleunigt werden müssen, um einer Intervention Siblastians vorzubeugen. Der „Secolo“ meldet: Der Dreadnought „Andrea Doria“ vom Flottenbeschwader hat sich dem Hafen auf 200 Meter genähert und den „Enero“ aufgefordert, binnen 15 Minuten den Hafen zu verlassen. Ohne den Abmarsch der Flotille abzuwarten, wurden dann von „Andrea Doria“ Kanonenschüsse gegen den „Enero“ abgefeuert, der stark beschädigt wurde.

### Politische Justiz

Es kehrt alles langsam wieder! Die äußeren Formen haben sich etwas geändert, Personen haben gewechselt, kleine Verschiebungen sind eingetreten, der innere Charakter des politischen Lebens in Deutschland ist sich gleich geblieben.

Wenn irgendwo und irgendwann, zeigt sich die innere Struktur der Gesellschaft oder einer bestimmten gesellschaftlichen Periode in der Art ihrer Rechtsprechung. Was wir auf diesem Gebiete seit der Revolution erlebt haben, erhärtet unumstößlich die Tatsache, daß die Novemberrevolution spurlos an der deutschen Bourgeoisie vorübergegangen ist, daß die einzige Wirkung, die die proletarische Erhebung auf die Bourgeoisie ausübte, zuerst bange Furcht war, und dann Haß — nur Haß.

Dieser Haß, jetzt nicht mehr von der Furcht gebändigt, lebt sich in der Rechtsprechung aus, die, äußerlich den robusten Kräften des politischen Kampfes enttäuscht, im Zeichen der Unbestechlichkeit und der Unabhängigkeit ihres Amtes waltet. Jetzt stehen die toten Paragraphen des Strafrechts zu neuem Leben auf und das harte Gefüge der Worte wird zu weichem Wachs in den Händen der Richter und Staatsanwälte. Je nachdem es sich um Revolutionäre oder Reaktionsäre, je nachdem es sich um Freunde oder Feinde der neuen Ordnung handelt, wird aus dem Strafbüchlein Schuld oder Unschuld bewiesen. Es ist unnötig, Einzelfälle zu erzählen, es ist auch nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß sich der Protest gegen so manchen Urteilspruch und gegen so manche Prozeßführung der letzten Zeit bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein vernehmen ließ. Diese Dinge sind so fest in die Hirne und Herzen der Arbeiter und aller anständigen Menschen eingegraben, daß die bloße Erwähnung genügt, um jeden Einzelfall in seiner Besonderheit in Rück Erinnerung zu bringen.

Wir zetern nicht im geringsten über die Richter und Staatsanwälte oder ihrer famosen Urteilsprüche. Wir wissen, daß die Justiz in der kapitalistischen Gesellschaft Klassenjustiz ist und sprechen das auch aus. Wir wissen, daß die Richter und Staatsanwälte nicht aus ihrer Haut heraus können, und diese Haut ist bürgerlich-reaktionär, ist antisozialistisch, ist sehr oft arbeitserfindlich. Aber das bestehende Strafrecht gibt den Herrschenden von gestern erst die Möglichkeit, ihrem einseitig gerichteten Rechtsempfinden Ausdruck zu verleihen. Das Strafrecht in der deutschen demokratischen Republik ist noch das, selbst wie im kaiserlichen Deutschland. Und die Personen, die das Strafrecht handhaben, sind erst recht die Menschen des kaiserlichen Deutschlands geblieben.

Aus dieser ganzen Sachlage heraus ist es nur zu verständlich, daß auch der Aufreizungsparagraph wieder zu Ehren kommt. Wie in der guten alten Zeit, der vor- und nachmärzlichen, benutzt man parteitheoretische Auseinandersetzungen, um daraus Aufreizung zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten zu konstruieren und eine bequeme Handhabe zum gerichtlichen Einschreiten gegen unbequeme Politik zu haben.

So hat der Oberstaatsanwalt beim Landgericht I gegen unseren Genossen Liebschütz als verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“ Anklage erhoben auf Grund eines Artikels von Walter Stoeder „Unsere Partei und die dritte Internationale“. Stoeder selbst kann nicht strafrechtlich verfolgt werden, da er als Reichstagsabgeordneter Immunität genießt. Dieser Artikel, der vierte und Schlußartikel einer Serie über das gleiche Thema, soll die Voraussetzungen für die Anwendung des § 130 des Strafgesetzbuches, betreffend „Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten“ in sich tragen. Das Gericht sieht die Gründe für die Anklage gegeben in den Ausführungen Stoeders, die sich auf die Heberwindung des Passivgesetzes in der Partei beziehen, die nachweisen, daß das Proletariat gezwungen ist, den grausamen Mitteln des Bürgerrechts ebenso grausam gegenüberzutreten und die das Proletariat aufzufordern, sich in jeder Weise für den kommenden Bürgerkrieg vorzubereiten.

Man beachte: dieser Artikel ist der letzte einer Artikelserie, die sich mit der innerparteilichen Frage des Anschlusses der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands an die dritte Internationale und mit den Anschlußbedingungen beschäftigt. Es handelt sich um eine reine parteitheoretische Auseinandersetzung, aus der nicht im geringsten die Absicht einer Aufreizung abgesehen werden kann. Dafür fehlen alle Merkmale. Weder wird in dem Artikel an ein konkretes Problem angeknüpft, wie etwa Arbeitslosigkeit, Betriebsräte, Ernährung und anderes und im Anschluß daran zu „Gewalttätigkeiten“ gehebt, noch war die Zeit um den 13. September, an welchem Tage der Artikel erschien, so erregt, daß sie als besonders gefährlich bezeichnet werden könnte. Und zum dritten, und das ist das Entscheidende: Weder ist irgendeine Stelle in der politischen Öffentlichkeit, Parlament oder Presse, durch jene Artikel in Aufregung geraten, noch haben sich bis heute, fast vier Monate nach Erscheinen des Artikels, gewalttätige Auseinandersetzungen verschiedener Klassen der Bevölkerung gegeneinander ereignet, die mit dem Artikel in direkten oder indirekten Zusammenhang gebracht werden könnten.

Ist also die Erhebung der Anklage aus diesen Gründen einfach lächerlich, so muß doch mit aller Energie gegen diese Anklage Protest erhoben werden, weil sie uns in jene Zeiten zurückzuführen droht, wo die Erörterung politischer Streitfragen, politischer Kampfmittel, des Problems der Eroberung der politischen Macht unter das Signum der „Staatsgefährlichkeit“ fielen. Es wäre gar zu beschämend, was uns freilich nach den Erfahrungen in dieser Republik nicht wundern sollte, wenn die gerühmte Demokratie in Deutschland in nichts über das absolutistische Regime hinaus käme. Es ist schlechterdings unerträglich, daß theoretische Auseinandersetzungen selbst jetzt noch nicht in breiter Öffentlichkeit ungehindert von läppischen Eingriffen stattfinden können. Denn das würde einen Rückfall in die Zeit des Absolutismus bedeuten, in die Ära der Stieher und Puttkammer, die freilich seit der Revolution manchen würdigen Nachfolger gefunden haben.

Gänzlich abwegig ist die Erhebung der Anklage aber auch, wenn man bedenkt, daß die Probleme der Eroberung der politischen Macht, des Bürgerkriegs, des Terrors, seit der Revolution in zahllosen Broschüren, Artikeln, Reden und Diskussionen ohne Störung durch die Justiz behandelt wurden. Dabei soll es bleiben oder man soll versuchen, all diese Erörterungen einfach zu verbieten. Dann wüßte man doch, woran man ist. Dann wäre die „Demokratie“ dieser demokratischen Republik jedermann ohne Einschränkung erkennbar.

In Wirklichkeit verköhnt diese Anklage gegen eines der elementarsten Rechte der Demokratie, gegen die Freiheit der politischen Betätigung. Denn politische Betätigung ist ohne politische Aussprache, ohne den Kampf der Meinungen über Ziele und Wege nicht denkbar. Und es ist nicht die Schuld der Politiker, wenn das Fundament des Staates so brüchig ist, daß es von ihren Auseinandersetzungen ins Wanken käme. Das wäre höchstens ein Anzeichen dafür, daß „etwas faul ist im Staate Dänemark“. Wir werden uns jedenfalls nicht hindern lassen, immer und überall das zu sagen, was notwendig ist. Wir sind nicht von jener bänglichen Angst befallen, die in der schrankenlosen Freiheit der Meinungsäußerung den Anfang zum Ende setzt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß nichts die politische Atmosphäre so reinigen kann, wie die uneingeschränkte Freiheit der politischen Diskussion. Und wir überlassen den Hütern dieser demokratischen Republik den traurigen Ruhm, die Strafgesetze der wilhelminischen Periode zu bemühen, um die politische Meinungsfreiheit, jenes Palladium der Demokratie, in den Staub zu zerren.

## Der Aufstieg eines Renegaten

Maurenbrecher, der Nachfolger Wulles

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Reinhold Wulle stellt am Ende dieses Jahres seine Tätigkeit als Hauptschriftleiter und Direktor der „Schwerindustriellen und monarchistischen Deutschen Zeitung“ ein. Sein Nachfolger wird Dr. Max Maurenbrecher.

Nach der Entwicklung dieses Herrn kann man nur bestätigen, daß die „Deutsche Zeitung“ eine richtige Wahl getroffen hat. Maurenbrecher wird an Nationalismus und Liebedienerei gegenüber den schwerindustriellen Machthabern sicherlich hinter Herrn Wulle nicht zurückbleiben. Herr Maurenbrecher gab nach dem Verfall der nationalsozialistischen Partei eine kurze Gastrolle in der Sozialdemokratie, wurde aber sehr bald ein Außenleiter. Bei Ausbruch des Krieges entpuppte er sich als ein Berseher und schrie wader nach dem Blute der „Feinde“. Dan gründete er mit Herrn Kapp die famose Vaterlandspartei, die die halbe Welt und den Mond annekieren wollte. Als dieser schöne Traum durch den Zusammenbruch des deutschen Heeres zerstört wurde, reiste Herr Maurenbrecher als Deutschostjapostel durch die heimischen Gauen, sang bombastische Loblieder auf das Hohenzollerntum und seinen defektierten Kaiser. Nun ist er endlich im gesicherten Hafen gelandet.

Als Maurenbrecher zur Sozialdemokratie kam, schrieb er zur Reinigung seines Gewissens ein vierbändiges Werk: „Die Hohenzollernlegende“. Jetzt ist er Haupt-

redakteur eines monarchistischen Heftblattes und kann nun täglich seinen Lesern jene Geschichten erzählen, deren Verlogenheit er einstmal selbst nachwies.

## Die lebenden Baltikamer

Die herrlichen Baltikumtruppen, die im Sommer und Herbst 1919 in den Ostseeprovinzen ihre Taschen füllten und den deutschen Staatsfäden teils durch offenkundigen Betrug einiger Offiziere, teils durch die Unterstützung, die sie bei Koste und anderen Regierungsmännern fanden, um einige hundert Millionen Mark erleichterten, diese Baltikumtruppen sind nicht tot. Die Führer unterhalten mit dem Kern dieser Landsknechtsscharen, die teilweise auch auf dem Lande als Arbeitsgemeinschaften untergebracht und der Orgeß angeschlossen sind, dauernde Verbindungen. Eine Zentrale befindet sich in Karlsruhe, deren Leiter ist ein Hauptmann namens Wagener, und dieser Somose Herr verleiht sogar noch, wie der „Vorwärts“ meldet, Erinnerungszeichen an die Teilnehmer des glorreichen Raubzuges. Bedingung ist, daß der mit dem Orden bedachte Landsknecht sich „verpflichtet, in jeder Lage und wann es auch sei, für die Ziele der Deutschen Legion einzutreten: Verbreitung deutschen Geistes und deutscher Art, Abwehr jeden Verfalls, gewaltsam die innere Ruhe und Ordnung zu fördern, Bekämpfung des Bolschewismus von innen und von außen, Verteidigung der deutschen Einheit und Freiheit.“

Die Baltikumtruppen haben während des Kapp-Putsch schon einmal die Möglichkeit gehabt, für „Deutschlands Einheit und Freiheit“ zu kämpfen. Erfolg: tausende hingerichtete Profettarier im Ruhrgebiet (wo Kahlbach hauste), Schieberelen auf den Straßen, Plünderungen, Standrechtsmorde. Bei der nächsten Gelegenheit werden sie, trotz angeblicher Auflösung, ebenso wader ihren Mann stellen. Daß diese Käuse im Pelz des deutschen Schafes sitzen, dafür ist in erster Linie Koste verantwortlich.

## Die Rigaer Verhandlungen

Riga, 28. Dezember.

Der polnische Delegierte Dombalski überreichte Joffe eine Note, in welcher er darauf hinweist, daß die Rote Armee im Raum Weißrußlands die neutrale Zone überschritten und einige Dörfer geplündert haben soll. Joffe stellte eine diesbezügliche Anfrage an Tschischewin, der folgende Antwort gab: Im Raum Borisow sind keine Mißverständnisse vorgekommen und in Weißrußland überhaupt keine ernst zu nehmenden Banden vorhanden. Einige Mißverständnisse ereigneten sich in der neutralen Zone an der polnischen Front, zu deren Erleuchtung bereits ausführliche Vereinbarungen abgeschlossen. Der weißrussische Rätekongress ratifizierte den Rigaer Frieden und beauftragte kein Mandat, welches der russischen Delegation erteilt wurde, um die Verhandlungen mit Polen zu Ende zu führen. Somit erscheint es selbstverständlich, daß Sowjetrußland die Durchführung der Vorfriedensverhandlungen übernommen hat.

## Die lästige Opposition

DE. Riga, 28. Dezember.

Nach nachträglich eingegangenen amtlichen Meldungen nahmen am 28. russischen Rätekongress im ganzen 1630 Kommunisten, 101 Parteiloze und 1 Mitglied des „Bundes“ mit beschließender Stimme teil. Außerdem nahmen noch mit beratender Stimme 770 Deputierte teil, darunter 702 Kommunisten, 66 Parteiloze, 6 Mitglieder des „Bundes“, 4 Menschewisten und vereinzelte linke Menschewisten, Anarchisten und jüdische Sozialisten. Die zweite Sitzung des Rätekongresses, die am 28. Dezember stattfand, wurde mit Reden des Menschewistenführers Dan und der Vertreter der linken Sozialrevolutionäre und Parteilozen eröffnet, die die Politik der Sowjet-Regierung einer scharfen Kritik unterzogen und ihre eigenen Resolutionen einbrachten. Diesen erwiderte Lenin, daß das Hervortreten der Opposition als „ein Stück der Entente-Politik“ bezeichnet. Er erklärte, daß die Arbeiter und Bauern keine Schuld daran trügen, daß von den Parteien der Menschewisten und Sozialrevolutionäre nur noch die Namen allein übrig geblieben seien; diese Parteien seien die freiwilligen oder unfreiwilligen Helfershelfer der Feinde der Sowjet-Republik.

Ära weltverdrängernder Liebe herbeizuführen. Denn die Zeit verlangt geistlich die Überwindung eines bloßen nationalen Egoismus. Gegenüber dem weltgewordenen Begleichen der verkehrstechnisch verbundenen Völker und gegenüber der kommenden europäischen Kulturordnung, an deren Herausbildung wir jetzt mit jedem Gedanken und jedem Worte arbeiten müssen, sei die nationale Gemeinschaft bei all ihrer unerlöschlichen und sozialpädagogischen Bedeutung doch auch nur ein Partikulare. Dieses neue deutsche Streben, das zugleich das älteste und beste deutsche Streben ist, dieses allerdeutsche und, wie man wohl sagen kann, dieses einzig deutsche Streben wird heute von den meisten mit überlegener Miene und mit Denunziationen bekämpft. Man kann nicht sagen, daß es heute schon praktische Bedeutung als Volkmeinung hat; aber hoffen wir, daß der Geist der Geschichte mildere ist als der alte Zahne, und er das heutige Soborn und Gomorra neudeutscher Selbstsucht um des einen Loth-Foerster und seiner kleinen geistigen Familie willen so lange verschont, bis die deutsche Jugend sich wieder darauf besonnen hat, daß hier allein die Möglichkeiten zu einer besseren Zukunft liegen.

Aus dieser Voraussetzung ergibt sich die Stellung des Verfassers zu den Tagesfragen: Er weiß, daß Deutschland nur dann andere und richtigere Politik machen kann, wenn es die Welt anders und richtiger sieht. Darum sucht er die Vorbedingung aller denkbaren Verbesserung unseres Schicksals in einer inneren Wandlung und so wird ihm die Anerkennung vorausgegangener Schuld zu einem Angelpunkt unserer Entwicklung. Nicht aus Furcht vor Repressalien oder aus Konvention gegenüber dem Sieger, nicht um besserer Lebensbedingungen oder irgend welcher anderer höherer Güter willen, sollte Deutschland seine Schuld bekennen, sondern um seiner selbst willen, um Deutschlands Seele zu retten und um frei zu werden von den Mächten der alten Finsternis und reif für seine gegenwärtige lästige Aufgabe.

So kommt es Foerster bei der Erörterung der Schuldfrage dann auch nicht sowohl darauf an, altenmäßig festzustellen, wer an der Herbeiführung gerade dieses Krieges durch Fahrlässigkeit, Leichtsin oder Ueberheblichkeit am meisten Schuld trage, sondern er fragt sich, ob das deutsche Gewissen und die deutsche Seele in den letzten Jahrzehnten sich in der Politik so eingestellt habe, wie es dem deutschen Humanitätsgedanken entspricht, oder ob sie nicht in verdrängtem Egoismus und kurzfristiger Profitgierigkeit mit dazu beigetragen haben in der werdenden Gemeinschaft von Europa eine verderbliche Atmosphäre des Hasses zu schaffen?

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet er unsere Konflikte mit Frankreich über Elah-Vorbringen und die Karolfrage, unsere Konflikte wegen der Flottenrüstung, wegen der Polenfrage und vor allem wegen unserer Stellung zur Haager Konferenz. Aus diesem Gesichtspunkt beurteilt er auch die Schuld und

Nach Schluß der Verhandlungen beschloß der Kongress einstimmig, die Politik der Sowjet-Regierung vollaus zu billigen. Für die Resolutionen der anderen Parteien wurde — wie aus Moskau amtlich gemeldet wird — keine einzige Stimme abgegeben.

## Eigenartige Propagandamethoden

In einem „Dm. Burmanow“ gezeichneten Artikel in Nr. 263 der amtlichen Moskauer „Sowjetija“ wird ausgeführt, daß die üblichen Propagandamethoden infolge ihrer Wiederholung an Wirksamkeit eingebüßt haben und durch neue ersetzt werden müssen. Unter anderem wird die Veranschaulichung von politischen Diskussionen vorgeschlagen, durch die den gefährlichen Versuchen der Gegner der Sowjetregierung entgegengetreten werden soll, die Anzucht der Massen auszunutzen. „Die Diskussion“, heißt es in dem Artikel, „besteht darin, daß unsere kommunistischen Parteigenossen als Anarchisten, Menschewisten, Sozialrevolutionäre usw. auftreten, entsprechende demagogische Reden halten und irgendeinen Anknüpfungspunkt zu begründen suchen. Darauf widerlegt ein Redner der kommunistischen Partei die Ausführungen des Redner, erörtert den wirklichen Sachverhalt und setzt den Massen den wahren Sinn und die Bedeutung der Diskussionsfrage auseinander.“ Der Verfasser warnt davor, die Beweisführung der Gegner der Sowjetregierung in einer lächerlichen Form vorzutragen. Sie soll vielmehr ganz ernsthaft und mit einem Anstrich von Wissenschaftlichkeit vorgebracht werden.

## Aus Sowjet-Armenien

DE. Kopenhagen, 28. Dezember.

Englischen Blättermeldungen zufolge hat die armenische Sowjetregierung sich geweigert, die Schulden und Verpflichtungen der früheren armenischen Regierungen anzuerkennen und die amerikanische Hilfskommission aufzufordern, das armenische Gebiet, einschließlich der von den Türken besetzten Stadt Alexandropol, wo sich einige der wichtigsten amerikanischen Niederlassungen befinden, zu verlassen. Die amerikanische Hilfeleistung für die notleidende Bevölkerung soll durch eine eingetroffene große Sendung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken ersetzt werden, die als Spende des russischen Proletariats für das Rote Armenien bezeichnet wird. Die Türken räumen Alexandropol. Wie verlautet, hat die türkische Angora-Regierung unter dem Druck der Moskauer Regierung das Gebiet von Alexandropol und das ganze Gebiet östlich des Flusses Arpa-Chai als armenisches Gebiet anerkannt.

## Gorthy plant einen Raubzug

UL. Prag, 29. Dezember.

Dem Abendblatt des „Pravo Lhu“ wird aus Preßburg gemeldet, daß in der Nacht zum 27. Dezember von 2 bis 3 Uhr ein Teil der aufgelösten Hejas-Truppen in der Stärke von circa 2000 Mann einen Überfall auf Preßburg unternommen sollten. Der Angriff sollte auf Röhren zur Ausführung gelangen. Man war indessen an den kompetenten Stellen von Preßburg schon seit mehreren Tagen über das geplante Unternehmen unterrichtet, so daß rechtzeitig die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden konnten. Die telephonischen Orts- und Ferngespräche sind gesperrt; alle öffentlichen Gebäude wurden vom Militär besetzt, und in den Straßen stehen Panzerzüge und Panzerautomobile zur Unterdrückung jeden Angriffes bereit.

## Indien verlangt Selbstverwaltung

SN. London, 29. Dezember.

In Nagpur wurde der indische Nationalkongress eröffnet. Tausende von Teilnehmern aus allen Teilen Indiens waren anwesend. Der Vorsitzende der Empfangskommission hielt eine Rede, in der er die Delegierten aufforderte, Versuche zu unternehmen, um der Bewegung, die jedes Zusammenarbeiten mit der Regierung von Großbritannien ausschalten will, zum Erlolge zu verhelfen. Es wurde verlangt, daß sofort die Selbstverwaltung in Indien eingeführt und Indien eine geschriebene Verfassung mit der Umkehrung sämtlicher Rechte Indiens gegeben werden solle. Ein dementsprechender Entwurf wurde der Versammlung bereits unterbreitet.

Hafenarbeiterstreik in Amerika. Der Verband des Hafen- und Schiffspersonals, der Kapitäne und Seeleute, zusammen 50 000 Mann, beschloß, am 1. Januar in den Streik zu treten, da die Reederei sich weigerte, die 60stündige Arbeitswoche einzuführen.

## Ein Wort über Foerster

Von Prof. Georg Friedrich Nicolai

Spätere Geschichtsschreiber werden bei der Klage um den schnellen Verfall des alten deutschen Vaterlandsgedächtnisses aus dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts das von 1870 bis 1920 auf dem Wege über Bismarck und Treitschke allmählich zu dem Vorn der Ludendorff-Schwärmer und modernen Hakenkreuzer entartete, mit Dankbarkeit der wenigen gedenken, die in diesem mühenreichen Hezenabbath dem Genius des deutschen Volkes treu geblieben sind. Unter diesen wenigen ist Friedrich Wilhelm Foerster einer der Besten, da er trotz seiner Jugendlichkeit zur Klasse der Universitätsprofessoren die spezifisch deutsche Aufgabe getreu den Grundrissen, wie sie die großen Deutschen von Lessing bis auf Humboldt aufgestellt haben, zu lösen versuchte, trotzdem er wohl weiß, daß heute schon die Erinnerung an den sogenannten deutschen Idealismus allen Profit-Patrioten als Vaterlandsverrat gilt.

Denn das, was Foerster grundsätzlich von allen unterscheidet, die sich heute Patrioten zu nennen anmaßen, ist die Tatsache, daß er diese „deutsche Aufgabe“ als eine sittliche betrachtet. Man mag über die etwas kritisch religiös gefärbte besondere Formulierung durch Foerster denken wie man will, jedenfalls werden alle, die Foersters neues Buch „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalstische Deutschland“ wirklich gelesen haben, mit Schrecken erkennen, wohin wir gelangt sind, wenn man solchen Männern wie Foerster das Leben und Wirken im Vaterlande unmöglich macht. Was ich schon vor zwei Jahren schrieb, wird immer mehr grauliche Wahrheit: Höchstens werden sie wirklich den letzten Deutschen aus dem Lande gejagt haben!

Dabei kann man Foerster nicht einmal den Vorwurf machen, den die modernen Dunkelmänner so gern erheben: das, was er als Idealismus verteidete, sei nur verschommene Phrasologie. Foerster ist durchaus Realpolitiker, der allerdings auch die sittlichen Forderungen als lebendige und reale Kräfte mit vertret. Er geht von der Tatsache aus, daß die Zentralstaaten, die im Herzen Europas gelegen, in der Periode des brutalen Kampfes durch ihre geographische Lage zum Tummelplatz fremder Heere prädestiniert waren, heute in der Periode des Weltverkehrs durch dieselbe geographische Lage darauf hingewiesen sind, Mittler in dem kommenden Weltvermessungsprozess Europas zu sein. Er hat klar erkannt, daß, wenn die Zentralmächte diese ihre große historische Pflicht zurückweisen, sie überhaupt keine wesentliche Aufgabe in der neuen Welt haben können. In gläubigem, von tiefster Vaterlandsliebe getragenen Optimismus hofft er, daß Deutschland seine durch eigene Schuld verlorene Führerschaft wiedererlangen könne, wenn es die dem deutschen Genius gemäße und von der heutigen Konstellation geforderte Notwendigkeit begriffe, die neue

die Mißgriffe während des Krieges, die Tragik der amtlichen Lügen und des nationalen Selbstbetruges, sowie die Stellung der leitenden deutschen Klassen zum Zusammenbruch und zum Friedensschluß. Aus dieser Erkenntnis unseres gegenwärtigen Zustandes und der wirklich vorhandenen Kräfte in Deutschland erwächst dann folgerichtig die Zukunft der wahren deutschen Weltpolitik, die auch ohne militärische Macht, ja gerade dann desto besser durchgeführt werden könne; denn nur ein neues Beispiel von jener alten deutschen Liebe zum Fremden kann der Welt die Möglichkeit eröffnen, ihre explosiven Interessengegensätze friedlich zu lösen; mit der bloßen Juristik des Völkerbundes, mit bloßen utilitaristischen Erwägungen sind jene Gegensätze nicht zu überwinden; nur dort, wo es wieder als eine Freude und als Erfüllung uralter Begabung und Tradition empfunden wird, an Fremdem teilzunehmen und eifrig fremdem Leben zu dienen, nur dort wird das Lösungsmittel für die ungeheuren Spannungen der erregten Selbstgefähle und Leidenschafter bereit und der Abbau des allgemeinen, lähmenden Mißtrauens eingeleitet: Ist doch wahre Politik vor allem die Kunst, Vertrauen zu gewinnen — alles andere sogenannte politische Treiben ist ein vergangliches Spiel ohne jede Größe und ohne jeden echten Wirklichkeitsinn.

Sinnzu kommen praktische Vorschläge über Reform der Diplomatie, die Ausöhnung mit Frankreich, die Stellung zu den abgetrennten Gebieten, nationale und internationale Bildung, die deutschsterreichische Frage und über den Wiederaufbau des deutschen Welthandels.

In der deutschen Innenpolitik tritt Foerster für den Föderalismus gegen den Zentralismus ein. Da diese Dinge, ebenso wie seine sozialpolitischen Ansichten mir weniger eng mit dem von ihm aufgestellten sittlichen Grundproblem der deutschen Erneuerung verknüpft zu sein scheinen, möchte ich hier nicht näher darauf eingehen. Mögen aber viele Menschen diese Ausführungen lesen; denn nur, wenn der Geist, der hier zu uns spricht, wieder Macht und Ansehen in Deutschland erlangt, nur wenn wir wieder lernen von diesen an sich selbstverständlichen moralischen Voraussetzungen aus zu diskutieren. Nur dann kann Deutschland wieder glücklichen Zeiten entgegengehen. Foersters Buch ist einer der mutigsten Versuche, die deutsche Kultur gegen die Gegenwart zu verteidigen.

Haenisch legt Wert auf die Feststellung, daß er persönlich mit dem Rinderkamp der Musikschule gegen Schnitzlers „Reigen“ nichts zu tun hat. Wir würden an Haenischs Stelle auf diese Verächtigung verzichten, aber nicht darauf, die Ministerialräte an die Kette zu legen, die diesen Anflug angestiftet haben.

Eine Buloni-Premiere. In Halle a. S. wird Sonntag, den 2. Januar, ein Bühnenwert von Ferruccio Buloni aufgeführt, das der Schweizer Komponist Dikmar Schoel komponiert hat. Es heißt „Das Wandbild“ und wird als Pantomime bezeichnet.



